



Presseschau vom 29.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus *Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Süddeutsche veröffentlicht Diffamierungsartikel gegen Nils Melzer – und verweigert Gegendarstellung**

Die Süddeutsche Zeitung hat einen Artikel veröffentlicht, in dem sie von "fragwürdigen Methoden" seitens des UN-Sonderberichterstatters über Folter Nils Melzer spricht sowie ihn mit "Verschwörungsideologen und Hass-Propagandisten" in Verbindung bringt. Eine von ihm verfasste und eingeforderte Gegendarstellung wird von der SZ nicht abgedruckt. Melzer spricht von "Rufmord". ...

<https://kurz.rt.com/2stv>

snanews.de: **Raketen und Elitesoldaten für die Ukraine: Nato fährt schweres Geschütz auf**

Washington und Brüssel rüsten die Ukraine mit modernen Offensivwaffen auf. Seit einigen Tagen landen ununterbrochen Militärfrachter der Nato nahe Kiew. Das westliche Militärbündnis verlegt zusätzliche Kräfte nach Osteuropa. ...

<https://snanews.de/20220128/raketen-und-elitesoldaten-fuer-die-ukraine-5168723.html>

Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam: **Sumpfblassen aus den Medienanstalten oder wie man RT zum Schweigen bringen will**

Geheimdienstler und in den Landesmedienanstalten versorgte Altpolitiker arbeiten daran, RT DE zu verhindern, und Außenministerin Annalena Baerbock springt ihnen kenntnisfrei zur Seite. Wahr ist eben immer nur, was die Bundesregierung sagt. ...

<https://kurz.rt.com/2su1>

snanews.de: **Sozialexperte Trettin: „Lauterbach nicht wichtig“ – Privatisierung im Gesundheitswesen in der Kritik**

Die „Ampel“ steht immer noch – und für den Berliner Sozial-Referenten Robert Trettin ist klar:

Privatisierungen zuvor staatlicher Bereiche werden „SPD-geführt“ weitergehen. Ob nun Krankenhäuser, Gas-Versorger oder die Deutsche Bahn, kritisiert der frühere Vize der „Nationalen Armutskonferenz“ im dritten Teil der Interviewreihe mit SNA. ...

<https://snanews.de/20220129/sozialexperte-privatisierung-im-gesundheitswesen-5159199.html>

de.rt.com: Corbyn abgesägt: Britische Labour-Partei verabschiedet sich von linker Vergangenheit

Die Labour-Partei hat sich ihres linken Flügels entledigt. Der ehemalige Labour-Chef Jeremy Corbyn bleibt nach einer Abstimmung außen vor. Vordergründig ging es um den Makel des Antisemitismus. Damit haben sich die Befürworter des früheren Premiers Tony Blair profiliert. ...

<https://kurz.rt.com/2st7>

abends/nachts:

de.rt.com: Nach Grenzkonflikt mit mehreren Toten: Tadschikistan und Kirgistan vereinbaren Waffenstillstand

Am Donnerstag waren Gefechte zwischen den Grenztruppen der beiden zentralasiatischen Staaten ausgebrochen. Es gibt Berichte über Verluste auf beiden Seiten. Inzwischen konnte jedoch eine Deeskalation vereinbart werden.

Kirgistan und Tadschikistan haben sich auf eine vollständige Einstellung der Feindseligkeiten an der Grenze geeinigt, teilte der kirgisische Grenzschutz am Freitag Sputnik mit. Ein Sprecher der kirgisischen Grenztruppen erklärte, dass infolge der Verhandlungen Vereinbarungen über einen vollständigen Waffenstillstand sowie über den Rückzug zusätzlicher militärischer Verbände erzielt worden waren, die an die Grenze geschickt worden waren. Die militärischen Einheiten sollen sich zu ihren permanenten Basen zurückziehen. Zudem vereinbarten beide Seiten die Öffnung der Batken-Isfana-Autobahn für den Verkehr. Polizeikräfte beider Staaten sollen auch gemeinsame Patrouillen durchführen, um Konflikte zu verhindern. Gemeinsame Delegationen hätten die Konfliktzone besucht, so die kirgisischen Behörden.

Zuvor hatte der kirgisische Präsident Sadyr Dschaparow erklärt, dass er die Lage an der Grenze zu Tadschikistan unter Kontrolle habe. Er veröffentlichte auf seiner Facebook-Seite folgende Mitteilung:

"Liebe Bürgerinnen und Bürger Kirgistans! Die Lage an der Grenze ist vollständig unter meiner Kontrolle. So Gott will, werden wir alles auf dem Verhandlungswege und friedlich lösen. Macht euch keine Sorgen."

Am Donnerstag hatte der kirgisische Grenzschutz erklärt, dass es zu Schießereien zwischen kirgisischen und tadschikischen Grenzsoldaten gekommen sei. Nach Angaben der kirgisischen Seite setzte die tadschikischen Einheiten Granatwerfer und Mörser ein.

Das tadschikische Staatliche Komitee für Nationale Sicherheit teilte seinerseits mit, dass zwei tadschikische Bürger bei dem Beschuss gestorben und zehn weitere verwundet worden seien. Tadschikistan beschuldigte Kirgistan, Mörser abgefeuert und Drohnen eingesetzt zu haben.

Grund für den Konflikt war die Blockade der Verbindungsstraße zwischen den kirgisischen Städten Isfana und Batken durch das tadschikische Militär.

Die Grenze zwischen Kirgistan und Tadschikistan ist Schauplatz häufiger Konflikte zwischen den Anwohnern und den Grenzschutzbeamten beider Länder, da es nach wie vor eine Reihe von Gebieten gibt, in denen der Grenzverlauf zwischen beiden Seiten nicht genau festgelegt wurde.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f3ffa4b480cc2b0a0810c4.jpg>

snanews.de: **Ukraine, Iran und RT DE – Lawrow telefoniert mit Baerbock**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat am heutigen Freitag mit seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock telefoniert. Nach russischen Angaben ging es bei dem Gespräch vorrangig um das iranische Atomprogramm und die Ukraine-Krise, aber auch um die Arbeitssituation russischer Fernsehjournalisten in Deutschland.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen dem russischen Außenministerium zufolge Fragen in Bezug auf die Vorschläge aus den derzeitigen Verhandlungen zum iranischen Atomabkommen in Wien. „Beide Seiten haben die Alternativlosigkeit der Fortsetzung einer konzentrierten diplomatischen Arbeit zur Wiederbelebung der 2015 in der österreichischen Hauptstadt unterzeichneten Vereinbarungen betont“, heißt es in der Mitteilung des Ministeriums in Moskau.

Iranisches Atomabkommen

2015 haben Russland, die USA, China, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und der Iran in Wien den sog. Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) beschlossen. Dieses als iranisches Atomabkommen bezeichnete Maßnahmenpaket beinhaltete die Aufhebung der gegen Teheran verhängten Sanktionen im Gegenzug für die Eingrenzung des iranischen Atomprogramms.

Das Abkommen hatte funktioniert, bis die USA unter Donald Trump im Mai 2018 einseitig aus den Vereinbarungen ausstiegen und wieder Sanktionen gegen Teheran verhängten. Daraufhin verkündete auch der Iran, sich nicht mehr an die Vereinbarungen halten zu wollen und sein Atomprogramm wieder hochzufahren.

Bei den derzeitigen Gesprächen in Wien – der nunmehr achten Runde der Verhandlungen – geht es um die Aufhebung der US-Sanktionen. Die iranische Delegation wertet den Verlauf der Gespräche als positiv. Aus dem amerikanischen Außenministerium hingegen werden Forderungen laut, Teheran solle die Verhandlungen ernster nehmen.

Normandie-Format

Ein weiteres Thema beim heutigen Telefonat zwischen Lawrow und Baerbock war die Ukraine-Krise und deren Regulierung im sog. Normandie-Format. Hierbei verhandeln Russland, Frankreich, Deutschland und die Ukraine seit Juni 2014 über eine Lösung zur Lage im Donbass. Kernpunkt sind die Minsker Vereinbarungen, die die Regierung in Kiew zwar eingegangen ist, aber nach Darstellung des russischen Außenministeriums kaum umsetzt.

Lawrow und Baerbock haben sich beim Telefonat am heutigen Freitag „die gegenseitige Unterstützung bei der Arbeit im Normandie-Format“ zugesichert, um auf diesem Wege „die vollumfängliche Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zur Regulierung der Krise im Osten der Ukraine“ voranzubringen. Erst am vergangenen Mittwoch trafen sich Unterhändler der am Normandie-Format beteiligten Staaten in Paris. Dieses Gespräch ging mit der Vereinbarung zu Ende, eine weitere Normandie-Sitzung im Februar in Berlin abzuhalten.

Diskriminierung von RT DE

Ferner sprach Sergej Lawrow mit Annalena Baerbock heute – wie schon beim Besuch der Bundesaußenministerin in Moskau Mitte dieses Monats – über die Diskriminierung des russischen Nachrichtensenders RT DE in Deutschland. Der russische Außenminister habe die Bundesregierung erneut aufgerufen, „diskriminierendes Verhalten gegen den deutschsprachigen Fernsehkanal von RT einzustellen“, heißt es in der russischen Mitteilung.

Dem Fernsehsender RT DE wird eine Sendelizenz in Deutschland bis heute verweigert. Die Arbeit der RT-Journalisten wird beispielsweise durch Kontensperrungen erschwert. YouTube hat vor wenigen Monaten zwei Kanäle von RT DE mit dem Verweis auf die eigenen Nutzungsrichtlinien gelöscht.

Beim jüngsten Besuch der deutschen Außenministerin in Moskau erklärte Lawrow, Russland habe allen Grund zur Annahme, dass die Bundesregierung unmittelbaren Bezug zur Benachteiligung russischer Fernsehjournalisten in Deutschland habe. Annalena Baerbock reagierte darauf mit der Erklärung, die Mitarbeiter von RT DE hätten in Deutschland ungehinderten Zugang zu journalistischer Arbeit, beispielsweise auch zur Bundespressekonferenz. Noch vor dem Treffen in Moskau hatte es aus dem russischen Außenministerium geheißt, Moskau werde eventuell gezwungen sein, als Reaktion auf die Diskriminierung von RT DE Maßnahmen zu ergreifen.

Festnahme in Deutschland

Das heutige Telefonat des russischen Außenministers mit seiner deutschen Amtskollegin fand vor dem Hintergrund einer weiteren diplomatischen Zuspitzung statt. Die Bundesregierung hat laut einem „Spiegel“-Bericht einen Mitarbeiter des russischen Konsulats in München wegen Vorwurfs der Spionage zur unerwünschten Person erklärt.

Nach Medienberichten handelt es sich um einen Angehörigen des russischen Auslandsgeheimdiensts SWR,

der im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den mutmaßlichen russischen Spion Ilnur N. festgenommen worden war.

Ilnur N., ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter einer bayerischen Hochschule, wird beschuldigt, Informationen über die europäische Trägerrakete „Ariane“ gegen Entlohnung an den russischen Auslandsgeheimdienst weitergegeben zu haben. Die russische Regierung bestreitet, etwas über Ilnur N. und seine mutmaßliche Agententätigkeit gewusst zu haben.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/13/5064086_0:0:2204:1241_1920x0_80_0_0_386c9fedf4f3c93a14e569a5a0e9a09e.jpg

dan-news.info: Die Mitteilungen mit Bombendrohungen in der DVR gingen nach vorläufigen Informationen von Nummern des republikanischen Mobilfunkoperators „Phönix“, aber vom von Kiew kontrollierten Territorium ein, erklärte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

„Nach vorläufigen Informationen können wir sagen, dass die Anrufe von der Kontaktlinie kamen, obwohl unserer republikanischer Operator genutzt wurde. Das heißt, zuvor waren Sim-Karten auf das von der Ukraine kontrollierte Territorium gebracht wurden, von dort aus wurde angerufen“, sagte Puschilin in einer Sendung von Rossija-24.

Er unterstrich, dass solche Mitteilungen auch über E-Mail aus einer Reihe europäischer Länder eingingen, dabei ist von denselben Ländern die Rede, die im Zusammenhang mit den kürzlichen fälschlichen „Vermünungen“ in Russland vorkamen.

„Da heißt alles hängt zusammen. Was sagen unsere zuständigen Behörden? Wie charakterisieren sie das? Es sind Elemente einer vorbereitenden Methode, die hier ablaufen“, sagte das Staatsoberhaupt der DVR.

Gestern gab es Meldungen, dass 17 Gebäude in Donezk, Makejewka und Gorlowka „vermint“ seien. 3700 Menschen wurden evakuiert. Die anonymen Mitteilungen betrafen unter anderen Gebäude in der Hauptstadt, wo Büros des Außenministeriums, des Informationsministeriums, der Zentralen Republikanischen Bank und anderer Ministerien und Behörden sowie Handels- und Bildungseinrichtungen sind. In allen Fällen waren es Falschmeldungen.

snanews.de: **„Diese Armee ist ernst zu nehmen“: Selenski setzt ukrainische Streitkräfte mit Nato-Armee gleich**

Der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenski, hat am Freitag in Kiew vor internationaler Presse die Streitkräfte seines Landes mit der Nato-Armee gleichgesetzt.

„Wir haben eine starke Armee, die nicht schwächer ist, als die der Nato, weil sie praktische Erfahrungen hat“, äußerte Selenski.

„Wir haben uneingeschränktes Vertrauen in unsere Armee. Das sind keine Neulinge, keine Jungs. Diese Armee ist ernst zu nehmen. Bei einem Vergleich mit der Nato kann man sagen, dass wir ganz bestimmt nicht schwächer sind. (...) Denn unsere Armee hat – leider – praktische Erfahrungen gesammelt. Sie (Soldaten) haben gekämpft, ihre Kameraden beigesetzt und ihr Land verteidigt. Sie haben geschossen und auch getötet.“

Sollte es zu einem Krieg gegen Russland kommen, würde das Volk mit seiner Armee mitkämpfen. Aber im Moment habe das Volk für sein Land, für dessen Wirtschaft und für „unsere todesmutige Armee“ zu arbeiten. Ein groß angelegter Krieg gegen Russland würde auch andere Länder tangieren. Es würde ein hybrider Krieg, ein Informationskrieg, ein Cyberkrieg sein, fuhr Selenski fort.

Westen befürchtet Einmarsch Russlands in der Ukraine

Der Westen zeigte sich über den Aufmarsch russischer Truppen an der ukrainischen Grenze besorgt. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hatte erklärt, dass Russland seine Truppen auf eigenem Territorium nach Belieben verlegen dürfe. Es gebe keinen Grund zur Besorgnis, meinte er. „Russland bedroht niemanden und will auch niemanden angreifen. Erklärungen über eine ‚Aggression‘ Russlands werden als Vorwand genommen, um mehr Kampftechnik der Nato unweit der russischen Grenzen zu stationieren.“ Derartige Erklärungen seien lächerlich, zugleich aber auch äußerst gefährlich, hieß es aus Moskau.

Kiew zieht Truppen samt schwerer Technik an der Grenze zusammen

Indes hat die Ukraine Schätzungen zufolge rund 100.000 Soldaten samt schwerer Kampftechnik wie Panzer und Haubitzen an der Trennlinie im Donbass konzentriert. Die nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk schließen eine Offensive der Kiewer Armee nicht aus. Laut Präsident Wladimir Putin wird Russland in diesem Fall eingreifen müssen. Das militärische Vorgehen Kiews gegen den Donbass werde die ukrainische Staatlichkeit selbst in Frage stellen, hatte der russische Präsident zuvor gewarnt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1c/5169321_0:9:3168:1791_1920x0_80_0_0_c5c660f83ca6cf755549d0808e720029.jpg

de.rt.com: **Russische Botschaft bestätigt: USA weisen bis Ende Januar 27 russische Diplomaten aus**
Washington hat beschlossen, weitere russische Diplomaten auszuweisen. Bis Ende Januar müssen 27 Mitarbeiter der russischen Delegation die USA verlassen. Bis Ende Juni sollen 28 weitere folgen. Das verkündete die russische Botschaft in Washington in einer Erklärung.

Der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow hat mitgeteilt, dass 27 Mitarbeiter der russischen diplomatischen Vertretung bis zum 30. Januar und weitere 28 bis Ende Juni dieses Jahres das Land verlassen müssen. In einem Kommentar, der auf dem Facebook-Account der russischen Botschaft veröffentlicht wurde, erklärt der Gesandte:

"Im September letzten Jahres übergaben uns die US-Amerikaner eine Liste mit 55 Mitarbeitern russischer bilateraler diplomatischer Vertretungen, die die USA in zwei Etappen bis 2022 verlassen sollen. Siebenundzwanzig Mitarbeiter sollen bis zum 30. Januar und weitere 28 bis zum 30. Juni dieses Jahres gehen. Bislang sind bereits 23 Mitarbeiter der ersten Gruppe abgereist, vier weitere kehren am 29. Januar in die Heimat zurück."

Nach Angaben des Leiters der russischen diplomatischen Vertretung verbleiben nach der Ausweisung 184 Mitarbeiter in der russischen Botschaft in den Vereinigten Staaten, darunter sowohl Diplomaten als auch Verwaltungs- und technisches Personal.

Zuvor hatte der Botschafter erklärt, dass die USA die ausgewiesenen Personen nicht zu Personae non gratae erklären wollen. Washington habe aber betont, dass die Botschaftsmitarbeiter ihre diplomatische Immunität verlieren und verhaftet werden können, wenn sie nicht rechtzeitig ausreisen.

Antonow wies darauf hin, dass sich Moskau in dieser Situation das Recht auf Vergeltung vorbehält und unter allen Umständen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit zu handeln gedenkt. Der hochrangige russische Diplomat betonte:

"Die russische Seite ist für die Schaffung normaler Lebensbedingungen für Diplomaten in den USA und Russland. Unser Vorschlag zur Aufhebung aller Beschränkungen, auch im Bereich der Visapolitik, bleibt in Kraft."

In den vier Jahren seiner Tätigkeit als Botschafter mussten laut Antonow insgesamt 300 Personen die USA

verlassen, darunter Diplomaten und ihre Familien. Er sehe keine Anzeichen dafür, dass sich dieser negative Trend in naher Zukunft ändern könnte. Die Vereinigten Staaten haben sich zu den jüngsten Äußerungen des russischen Botschafters noch nicht geäußert.

Sowohl die russische Botschaft in Washington als auch die US-amerikanische Botschaft in Moskau leiden derzeit unter Personalknappheit. In den vergangenen Jahren haben die diplomatischen Vertretungen ihre Dienste mehrfach eingeschränkt. So zum Beispiel mit der Entscheidung der USA, keine Visaanträge mehr in Russland zu bearbeiten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f42013b480cc6d915dbca6.jpg>

Wpered.su: In Donezk wurde das Andenken der Opfer des Holocaust geehrt

Heute, am 28. Januar, fand in einer Schule im frontnahen Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk eine thematische Unterrichtsstunde zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des Holocaust statt. Die Veranstaltung organisierte und leitete die Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ Nadeshda Retinskaja, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Nadeshda Retinskaja erzählte den Schülern, dass der Internationale Gedenktag für die Opfer des Holocaust von der Organisation der Vereinten Nationen begründet wurde. Der 27. Januar wurde deswegen gewählt, weil an diesem Tag Soldaten der Roten Armee das Konzentrationslager Auschwitz, das zur Vernichtung von Juden und der Zivilbevölkerung der europäischen Länder errichtet worden war, befreiten.

Nach unterschiedlichen Angaben folterten und ermordeten die Faschisten in Auschwitz bestialisch zwischen 1,5 und 4 Mio. Menschen. Bei der Befreiung der Häftlinge starben etwa 350 Rotarmisten. Bei der Veranstaltung ehren die Anwesenden das Andenken der Opfer des Faschismus und der getöteten Rotarmisten mit einer Schweigeminute.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/01/IMG-054f1cf34400f23ca4363e7cf9c9cd0e-V.jpg>

snanews.de: **Russland verbietet ranghohen EU-Beamten die Einreise**

Als Reaktion auf Sanktionen der EU hat Russland weitere ranghohe europäische Beamte und Politiker auf die schwarze Liste gesetzt. Laut einer Mitteilung des russischen Außenministeriums vom Freitag ist diesen Personen die Einreise nach Russland verboten.

Betroffen sind den Angaben zufolge Vertreter von Militär- und Sicherheitsstrukturen, sowie der Legislativ- und der Exekutivmacht einiger EU-Länder, „die für den antirussischen politischen Kurs und für Maßnahmen persönlich verantwortlich sind, die die gesetzlichen Rechte russischsprachiger Bewohner und Medien schmälern“.

Auf der Liste stünden ferner leitende Repräsentanten einiger europäischer privater Militärfirmen, die in verschiedenen Regionen der Welt aktiv seien, aber „aus irgendeinem Grund keine allergische Reaktion in Brüssel auslösen“.

Außenministerium nennt keine Namen

Bislang wollte das Außenamt die Namen nicht nennen. Erst bei der Grenzkontrolle erfahren die Betroffenen, dass sie nicht ins Land einreisen dürfen und werden daraufhin zurückgeschickt.

Die EU-Vertretung in Moskau wurde bereits von den neuen russischen Restriktionen in Kenntnis gesetzt. Der Beschluss sei ausgehend vom Prinzip der Gegenseitigkeit gefasst worden.

„Wir empfehlen Brüssel, auf die immer lauter werdenden Stimmen vernünftig denkender Europäer zu hören, die zum Verzicht auf die verderbliche Sanktionspolitik gegen Russland und ihre Verbündeten aufrufen. Denn diese Politik unterhöhlt das Völkerrecht“, hieß es aus Moskau.

Ein Ende der Sanktionspolitik würde eine wichtige Voraussetzung für die Wiederherstellung von Stabilität und Sicherheit im euroatlantischen Raum schaffen, betonte das russische Außenamt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1c/5170250_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_f420a2968c3f28f5bf14e636892e5f49.jpg

de.rt.com: **Putin im Gespräch mit Macron: NATO und USA berücksichtigen Russlands Besorgnisse nicht**

In einem Telefonat mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron hat der russische Staatschef Wladimir Putin erklärt, die NATO habe bei der Antwort auf die russischen Vorschläge über gegenseitige Sicherheitsgarantien die Besorgnisse Russlands nicht berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund der in jüngster Zeit besonders angespannten Lage um die Ukraine-Krise hat am Freitag ein Telefongespräch der Staatsscheffe Russlands und Frankreichs stattgefunden. Das Hauptthema des Gesprächs zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron waren die russischen Vorschläge über rechtsverbindliche gegenseitige Sicherheitsgarantien in Europa.

Dem Kremlpressedienst zufolge erklärte der russische Präsident im Gespräch mit Macron, weder die USA noch die NATO hätten bei ihren Antworten auf die Vorschläge Russlands die prinzipiellen Besorgnisse Russlands in Bezug auf seine Sicherheit berücksichtigt.

Moskau fordert, dass der NATO-Osterweiterung ein Ende gesetzt werde. Außerdem müssten die NATO-Staaten auf die Stationierung der Raketensysteme in der Nähe von den russischen Grenzen verzichten und die militärische Präsenz sowie Infrastruktur der Allianz in Europa auf den Stand im Jahr 1997 zurücksetzen, als die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet worden war.

Sowohl die USA als auch die NATO hätten die Schlüsselfrage der russischen Seite darüber ignoriert, wie sie das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit umsetzen werden, das in den OSZE-Verträgen sowie in den

NATO-Russland-Akten verankert ist. Nach diesem Prinzip darf kein Staat beziehungsweise keine Organisation seine Sicherheit auf Kosten anderer Länder verstärken.

Bezüglich des Konflikts in der Ostukraine betonte Putin wiederum die Wichtigkeit der Umsetzung der Minsker Abkommen. Kiew solle dem russischen Staatschef zufolge endlich einen direkten Dialog mit den selbst ernannten Republiken über die rechtliche Festsetzung eines Sonderstatus der Region Donbass einleiten.

Seit Monaten werfen Kiew und die westlichen Staaten Russland angebliche Vorbereitungen auf einen Einmarsch in die Ukraine vor. Russland erwidert, seine Truppen befänden sich auf dem russischen Territorium, und Moskau sei in den Konflikt zwischen Kiew und den selbst ernannten Republiken in der Ostukraine nicht verwickelt. Zugleich zeigt sich Russland in Bezug auf die Aktivitäten der NATO-Staaten im Schwarzen Meer und in Osteuropa hochgradig besorgt und sieht sie als Provokationen an. Die Vorwürfe nennt die russische Seite auch einen Vorwand für den weiteren Ausbau der militärischen Präsenz der Allianz in Europa.

Vor diesem Hintergrund hatte Russland im Dezember einen Vertragsentwurf über rechtsverbindliche gegenseitige Sicherheitsgarantien in Europa für die NATO und die USA ausgearbeitet. Kurz darauf erklärte US-Präsident Joe Biden, Washington werde keine roten Linien Moskaus akzeptieren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f4078db480cc5f1c456e81.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 28. Januar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Biden will bald US-Truppen nach Osteuropa verlegen

Vor dem Hintergrund der Spannungen zwischen Russland und dem Westen werden die USA nach Angaben von Präsident Joe Biden bald zusätzliche US-Truppen in die osteuropäischen NATO-Staaten verlegen. In Europa sind ohnehin schon regulär Zehntausende US-Soldaten stationiert.

US-Präsident Joe Biden hat am Freitagabend angekündigt, die USA würden bald zusätzliche US-Truppen in die osteuropäischen NATO-Staaten verlegen. Es gehe dabei um "nicht zu viele" Soldaten, schränkte Biden während einer Presserunde in Washington ein. Er machte keine genaueren Angaben dazu, um wie viele Soldaten es sich handeln könnte und wohin genau sie wann verlegt werden könnten.

Auf Bidens Anordnung hin waren am 24. Januar 8.500 Soldaten in den USA in erhöhte Bereitschaft versetzt worden, um bei Bedarf eine schnelle Verlegung zu ermöglichen. Der US-Präsident betonte in diesem Zusammenhang, es handle sich um eine Vorsichtsmaßnahme, um Sorgen der osteuropäischen NATO-Mitglieder zu begegnen. Es würden keine US-Soldaten in die Ukraine geschickt.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hatte seinerseits am Freitag erklärt, es gebe bislang keinen Befehl zur Verlegung der Soldaten. Sie stünden in den USA bereit, seien von der NATO aber bislang noch nicht angefordert worden. Obwohl die Ukraine kein NATO-Staat ist, warnte Austin erneut Russland vor Gegenmaßnahmen im Fall eines Angriffs und betonte, dass eine Attacke auf ein NATO-Land eine Attacke auf alle NATO-Länder wäre. Dem Pentagon-Chef zufolge wolle Biden jedoch keine US-Truppen für Kampfhandlungen in die Ukraine schicken.

In Europa sind regulär auch außerhalb von Krisenzeiten Zehntausende US-Soldaten stationiert, darunter

rund 35.000 in Deutschland. Die USA und die NATO werfen Russland seit Monaten vor, einen Überfall auf die Ukraine zu planen. Russland weist dies täglich zurück. Seinerseits fordert Moskau von Washington und dem westlichen Militärbündnis schriftliche Garantien, dass sich die NATO nicht mehr nach Osten erweitern wird.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f4d4abb480cc7cbe45e0c5.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 28. Januar 3:00 Uhr bis 29. Januar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der folgenden Ortschaften: **Alexandrowka, Jasnoje, Sosnowskoje, Kominternowo.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden infolge der Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU folgende Schäden festgestellt: Uliza Schtschorse 33, Wohnung 6 (Fensterverglasung), Wohnung 17 (Fensterverglasung und Gaszähler).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 11.

de.rt.com: Verteidigungsministerium arbeitet an Votum zu Haubitzen aus DDR-Altbeständen

Vor dem Hintergrund der Spannungen zwischen Russland und dem Westen will Estland Haubitzen aus DDR-Altbeständen an die Ukraine geben. Auf eine deutsche Genehmigung pocht neben der Ukraine auch Polen. In der Bundesregierung wird momentan ein Votum vorbereitet.

Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) arbeitet an einem gemeinsamen Votum in der Bundesregierung zu der von Estland beantragten Weitergabe von Artilleriegeschützen an die Ukraine. Wie eine Sprecherin auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sagte, liefen dazu Abstimmungen mit den zuständigen Ressorts, da eine Entscheidung gemeinsam gefunden werden müsse:

"Das gemeinsame Votum wird nach Abstimmung in der Bundesregierung dann durch das BMVg an Estland übermittelt."

Die Sprecherin teilte mit, es gehe um Haubitzen vom Modell D-30 (122 Millimeter). Sie waren Mitte der 1950er Jahre in der Sowjetunion entwickelt worden. Die ehemalige Nationale Volksarmee (NVA) der DDR verfügte über mehr als 400 der Geschütze. Anfang der 1990er Jahre wurden einige dieser Haubitzen "per Länderabgabe" an Finnland abgegeben. Finnland verkaufte – nach Deutschlands Genehmigung – einen Teil an Estland weiter. Auch Estland verpflichtete sich "per Endverbleibsklausel" gegenüber Deutschland, vor einer Weitergabe an Dritte die Zustimmung Deutschlands einzuholen.

Nach Angaben des BMVg sei neben der deutschen Billigung auch die Zustimmung von Finnland notwendig. Die Vertragsunterlagen sind nach Informationen der dpa zunächst nicht gefunden worden, der Inhalt jedoch bekannt. Das Ministerium erklärte dazu, die Dokumente würden nur eine gewisse Zeit lang aufbewahrt und dann in eine Langzeitarchivierung gehen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f4e4ddb480cc7b6a23cfed.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 29. Januar um 9:00 Uhr 22.601 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

656 Personen sind derzeit erkrankt, 18.783 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3162 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 28. Januar wurden in der DVR 3286 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 769 positiv, bei 17 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 42 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 13 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 29 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 613 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 329 mit Sauerstoffunterstützung (+7 in den letzten 24 Stunden).

Am 29. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 124.968 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5577 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 109.849 als gesund entlassen, es gibt 9542 Todesfälle.

snanews.de: **Experten: Kein schneller Ersatz für russisches Gas in Deutschland**

Im Falle eines Lieferstopps aus Russland könnte Deutschland Experten zufolge kaum ausreichend Ersatz für russisches Erdgas und andere Energieträger am Weltmarkt bekommen. Wie die „Welt“ unter Berufung auf Energieexperten berichtet, gibt es weder in der Industrie noch bei der Hausheizung kurzfristige Ersatzmöglichkeiten.

Nach Informationen der Zeitung importiert Deutschland nicht nur Erdgas, sondern auch Öl und Kohle aus Russland: „Kraftwerken, Fabriken und Hausheizungen droht bei einem Lieferstopp der Stillstand.“

Laut Daten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hat Russland einen Anteil von 34 Prozent an den deutschen Erdöl-Importen. Bezogen auf den deutschen Verbrauch betrug der Anteil russischer Erdgas-Lieferungen knapp über 50 Prozent. Die Steinkohlen-Importe stammten zu 45 Prozent aus Russland.

„Energierohstoffe in dieser Größenordnung lassen sich nicht kurzfristig substituieren“, sagte BGR-Energieexperte Martin Pein. „Eine Marktstellung, wie sie Russland bei Kohle, Gas und Öl hat, schnell und vollständig zu ersetzen ist äußerst schwierig bis unmöglich.“

Hubertus Bardt, Leiter Wissenschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln), pflichtete bei: „Die Möglichkeiten der Substitution von Gas durch andere Energieträger sind beschränkt.“ Das sei bestenfalls in kleinen Teilen der Stromproduktion möglich.

„Das Potenzial, Gas- durch Kohlekraftwerke zu ersetzen, dürfte unter zehn Prozent des Gasverbrauchs liegen“, so der IW-Wissenschaftler. „In der Industrie gibt es praktisch keine nennenswerte kurzfristige Ersatzmöglichkeit, bei der Hausheizung auch nicht.“

In der vergangenen Woche hatte Norwegens Regierungschef Jonas Gahr Store deutlich gemacht, dass sein Land nicht mit Gaslieferungen einspringen könnte, wenn etwa die Ostseepipeline Nord Stream 2 scheitern sollte. Norwegen decke bereits ein Drittel des deutschen Gasbedarfs und habe keine Reserven mehr, um etwaige Ausfälle von russischen Lieferungen auszugleichen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/15/4768102_0:162:2500:1568_1920x0_80_0_0_0c4a10699848260078422dd1283b6a27.jpg

Armiyadnr.su: **Operative Information des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die Kiewer Kämpfer haben einen **weiteren Akt der Aggression begangen**, in dessen Folge wieder **ein Zivilist verletzt** wurde.

Wie wir bereits erklärten, bereitet der Gegner Provokationen vor, die auf eine Destabilisierung der Lage gerichtet sind, während die ukrainische Führung auf internationaler Ebene den Ländern des Westens ihre Unterstützung eines Kurses der friedlichen Regelung des Konflikts versichert.

Heute Morgen hat ein Scharfschütze der 54. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus zielgerichtet das Feuer auf einen auf der Straße gehenden Einwohner von Alexandrowka, geb. 1967, eröffnet. Der Mann wurde verletzt und wurde in das Stadtkrankenhaus Nr. 14 von Donezk eingeliefert. Derzeit erhält er qualifizierte medizinische Behandlung.

Der Zynismus der ukrainischen Kämpfer hat keine Grenzen. Der Scharfschütze, der im Visier deutlich einen Menschen in Zivilkleidung sah und wusste, dass vor ihm ein friedlicher Einwohner war, schoss auf ihn.

Das Fehlen einer Reaktion von Seiten der internationalen Organisationen macht den ukrainischen Kämpfern die Hände frei und bringt sie zu neuen Verbrechen. Ich erinnere daran, dass vor zwei Monaten in demselben Gebiet von den Positionen der 54. Brigade in Marjinka aus ein Scharfschütze einen friedlichen Einwohner der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks verletzte.

Wir rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, das weitere Verbrechen der Kiewer Kämpfer gegen die friedliche Bevölkerung zu registrieren und von der ukrainischen Seite eine genaue Ermittlung zu diesem Fall mit Feststellung der schuldigen Funktionsträger entsprechend dem vierten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands durchzuführen, um sie wegen Verletzung der Normen des internationalen humanitären Rechts strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

de.rt.com: **Die NATO kennt die Wahrheit über die russischen "Invasionspläne"**

Ein unbekannter, als "hochrangig" bezeichneter NATO-Beamter hat dem Portal Euractiv gegenüber zugegeben, dass Russland nicht für einen Einmarsch in die Ukraine aufgestellt sei und die NATO dies auch wisse. Man könne die Spannungen schon morgen verringern.

Trotz wochenlang eskalierender Spannungen und Behauptungen, russische Truppen und Panzer könnten jeden Augenblick über die Grenze in die Ukraine strömen, scheint Moskau tatsächlich nicht auf einen Einmarsch ins Nachbarland hinzuarbeiten, wie ein führender NATO-Vertreter Berichten zu Folge eingestand.

Die Quelle ist ein Vertreter eines EU-Mitgliedslands im Brüsseler Hauptquartier des Militärblocks und hat dem europäischen Nachrichtenportal Euractiv gesagt, sie glaubten, dass Russland nicht kurz vor dem Beginn eines militärischen Eindringens in die Ukraine steht.

"Um in ein so großes Land mit solchen militärischen Kräften wie die Ukraine einzudringen, braucht man andere militärische Fähigkeiten als die, die augenblicklich dort eingesetzt sind", sagte die Quelle.

Sie fügte außerdem hinzu, dass der von den USA angeführte Militärblock weder rechtlich verpflichtet ist, in der Ukraine militärisch zu intervenieren, noch "das Recht" dazu habe, da die Ukraine kein NATO-Mitglied sei. Das Land ist immer noch nur "Partner mit erweiterten Möglichkeiten" des Bündnisses, sagte die Quelle, was bedeute, dass die NATO "eine gewisse moralische Pflicht" habe, Russland im Falle einer

Aggression gegen Kiew zu sanktionieren.

Gleichzeitig äußerte der NATO-Vertreter, es sei eine gute Idee, wenn der Westen "der Ukraine ein wenig die Ohren langzöge", da in Kiew einige wären, die Öl ins Feuer gössen und Provokationen riskierten.

"Es gibt auch Probleme in der Ukraine: Wer ist an der Macht, wer hat die Oberhand in der Armee...?", fuhr die Quelle fort.

Die westlichen Länder werfen Russland vor, Truppen und militärische Ausrüstung entlang der Grenze zu sammeln, mit der Absicht, das Nachbarland anzugreifen, etwas, was Russland stetig bestritten hat. Moskau wiederum sieht die westliche militärische Infrastruktur in der Nähe seiner Grenzen als eine Bedrohung und will rechtsverbindliche Zusagen, dass die NATO sich nicht weiter nach Osten ausdehnt, was eine Mitgliedschaft Kiews faktisch unterbinden würde. Das Bündnis hat diese Forderung abgelehnt, auf seine "Politik der offenen Tür" verwiesen und erklärt, Kiew müsse das Recht haben, sich um Mitgliedschaft zu bemühen.

Am Freitag sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow, dass die schriftliche Antwort der NATO auf Moskaus Sicherheitsvorschläge, in denen das Bündnis Russlands Hauptsorgen missachtet haben soll, "beschämend" sei.

Der Gesprächspartner von Euractiv betonte dennoch, es gebe andere Schritte, wie die Lage in Osteuropa entschärft werden könne, so wie beidseitig abgestimmte Beschränkungen für die Flüge militärischer Flugzeuge und Militärmanöver entlang der Grenze.

"Es gibt Optionen, die die Spannungen schon morgen verringern können," sagte er, und merkte an, dass Moskau einen "politischen heißen Draht" für Gespräche zwischen Präsident Wladimir Putin und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg begrüße.

Stoltenberg schlug am Mittwoch Reportern gegenüber vor, dass die NATO und Russland ihre Missionen in Moskau und Brüssel wieder öffnen sollten, nachdem sie in einem diplomatischen "wie du mir, so ich dir" im Oktober geschlossen worden waren.

"Wir sollten auch von den bestehenden Kommunikationskanälen zwischen den Militärs vollen Gebrauch machen, um Transparenz zu fördern und die Risiken zu minimieren, und auch darüber nachdenken, eine entsprechende zivile Verbindung für Notfälle zu schaffen", sagte der NATO-Chef.

Eine andere Quelle sagte diese Woche der Zeitung Iswestija jedoch, dass Moskau nicht plane, wieder eine Mission in Brüssel zu eröffnen, da es Unstimmigkeiten mit der NATO gebe, wie viele Beschäftigte dort akkreditiert würden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f4713fb480cc20bd1a53ee.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Nach operativen Informationen wurde infolge einer Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU die Antriebsunterstation in der Uliza Depowskaja 6 beschädigt wurde.

Ein operative Gruppe der DVR im GZKK ist vor Ort, um die Folgen der Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu erfassen.

nachmittags:

snanews.de: „Dass wir jetzt nicht Dinge herbeireden“: Baerbock mahnt zu Vorsicht bei Ukraine-

Äußerungen

Angesichts der zugespitzten Situation um die Ukraine hat Bundesaußenministerin Annalena Baerbock in einem Interview mit RTL/n-tv vor Äußerungen gewarnt, die eine weitere Eskalation verursachen könnten. „Ich glaube, wir müssen auch sehr vorsichtig sein, dass wir jetzt nicht Dinge herbeireden“, erklärte sie. „Die Lage ist hoch brisant, sie ist dramatisch.“

Das Treffen im sogenannten Normandie-Format, bei dem Russland und die Ukraine am Mittwoch unter der Moderation von Frankreich und Deutschland verhandelt hatten, bezeichnete Baerbock als ein „ganz schmales Fenster“. Sie arbeite daran, dieses Fenster weiter öffnen zu können, sagte die Grünen-Politikerin. Die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und Russland bleiben hinsichtlich der Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Moskau seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen.

Russland wies die Vorwürfe des Westens und der Ukraine wiederholt zurück und betonte, dass sie dazu benutzt würden, um Truppen und Waffen aus Nato-Ländern in der Nähe russischer Grenzen zu stationieren. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte mehrmals, dass Russland seine Truppen auf dem eigenen Territorium nach Belieben verlegen dürfe.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/15/5091181_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_0674ba7d312ca587df9cbb7a81b64653.jpg

snanews.de: Nach Zusammenstoß an Grenze zu Tadschikistan: Kirgistan zieht Truppen wieder zurück

Nach einem Schusswechsel zwischen kirgisischen und tadschikischen Grenzsoldaten hat Kirgistan nach eigenen Angaben die zusätzlichen Truppen und Militärtechnik wieder von der Grenze abgezogen.

„Die kirgisische Seite hat den Abzug zusätzlicher Kräfte und Ausrüstung von der Grenzlinie zu ihren Stationierungsorten bereits absolviert“, teilte ein Sprecher des Pressedienstes der kirgisischen Grenzschutzbehörde mit und stufte die Lage an der kirgisisch-tadschikischen Grenze als stabil ein.

Medienberichten zufolge sind am Samstag Delegationen der beiden Länder zusammengekommen, um den jüngsten Zwischenfall an der Grenze zu besprechen. Die Gesprächsparteien sollen sich darauf geeinigt haben, die Arbeit der Kommission für die Grenzbestimmung und -demarkierung wieder aufzunehmen.

Am Donnerstag hatte die kirgisische Grenzschutzbehörde eine Schießerei zwischen kirgisischen und tadschikischen Grenzsoldaten gemeldet. Demnach setzte die tadschikische Seite Granatwerfer und Mörser ein. Als Ursache für den Zwischenfall wurde die Blockade einer Verkehrsstraße zwischen den kirgisischen Städten Isfana und Batken durch tadschikische Militärs genannt.

Tadschikistan warf Kirgistan Provokation an der Grenze vor. Die Zusammenstöße dauerten mehrere Stunden; nach Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden Länder wurde in der Nacht zum Freitag schließlich ein Waffenstillstand vereinbart.

Es kommt immer wieder zu Zusammenstößen an der kirgisisch-tadschikischen Grenze, an denen sowohl Anwohner als auch Grenzsoldaten der beiden Länder beteiligt sind. Der Grund dafür ist eine Reihe von Grenzabschnitten, die bisher nicht demarkiert sind.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1d/5173905_0:0:720:406_1920x0_80_0_0_fd7db75982389f5c48198466c3ca6915.jpg

dan-news.info: Bürger der RF, die in der DVR und der LVR leben, können das Recht erhalten, Sozialzahlungen in der RF zu erhalten, ohne dort gemeldet zu sein. Davon ist in Aufträgen des Präsidenten der RF Wladimir Putin im Ergebnis einer Sitzung des Rats zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und für Menschenrechte die Rede.

„Die Regierung der RF wird beauftragt, die Frage zu behandeln, wie Bürgern der RF, die auf dem Gebiet der einzelnen Bezirke der Donezker und Lugansker Oblast leben, die Möglichkeit gegeben werden können, unter Nutzung des Portals für staatliche und kommunale Dienstleistungen Anträge auf Sozialzahlungen und Ermäßigungen ohne Angabe eines Wohnorts in der RF zu stellen“, heißt es in einer auf einer Seite des Kreml veröffentlichten Mitteilung.

Das Kabinett wird auch beauftragt, falls nötig Vorschläge über Änderungen der Regelungen für entsprechende Sozialzahlungen einzureichen.

Außerdem soll die Regierung gemeinsam mit der Präsidialadministration und der Zentralen Wahlkommission die Umsetzung des aktiven Wahlrechts der Bürger der RF, die nicht in der RF gemeldet sind und die Staatsbürgerschaft über das vereinfachte Verfahren erhalten haben, analysieren.

All dies soll bis zum 1. Juni geschehen.

snanews.de: **Ukraine-Situation: Neue US-Sanktionen zielen auf Schwächung russischen Industriepotenzials ab**

Für den Fall eines angeblichen Einmarsches Russlands in die Ukraine ziehen die USA verschiedene Sanktionsoptionen in Erwägung. Durch die von der Biden-Administration erarbeiteten Maßnahmen soll laut dem nationalen Sicherheitsbeamten des Weißen Hauses, Peter Harrell, insbesondere die russische Industriekapazität heruntergefahren werden.

Wie die Nachrichtenagentur Reuters mit Verweis auf Harrell berichtet, würden „normale russische Bürger“ nicht von den Sanktionen betroffen sein – vielmehr zielten die Strafmaßnahmen auf Industriesektoren ab. Aber auch bestimmte „Schlüsselpersonen“ würden sich mit „massiven Sanktionen“ konfrontiert sehen, so Harrell am Freitag.

Konkret bestehe die Absicht darin, Maßnahmen zu ergreifen, die die industrielle Fähigkeit und Produktionskapazität Russlands im Laufe der Zeit beeinträchtigen würden. Dem Beamten zufolge sind die Vereinigten Staaten bereit, nach einer „Invasion“ in die Ukraine den großen russischen Finanzinstituten „lähmende finanzielle Kosten aufzuerlegen“ sowie eine Reihe von „weitreichenden Exportkontrollen zu verhängen“, die die russische Industriekapazität mittel- und langfristig schwächen würden.

Demnach würde das US-Finanzministerium „im Fall der Fälle“ ausgewählte russische Banken auf eine entsprechende Sanktionsliste setzen und damit amerikanischen Institutionen sowie Personen die Zusammenarbeit mit ihnen untersagen. Da ein so großer Teil des internationalen Handels mit dem US-Bankensystem verbunden sei, wären diese Banken faktisch auch international abgeschnitten, schreibt „The New York Times“.

Von US-Maßnahmen betroffene russische Branchen

Die zweifache Strategie umfasse, so Harrell, Finanzsanktionen gegen große russische Finanzinstitute, um eine „Kapitalflucht und Inflation“ auszulösen sowie die russische Zentralbank dazu zu bringen, den anderen Banken finanzielle Hilfe bereitzustellen, „damit Putin die Kosten am ersten Tag spürt“, erklärte der Beamte.

Harrell zählte laut Reuters nicht alle betroffenen Sektoren detailliert auf. Andere Quellen des Weißen Hauses haben jedoch die Luftfahrt, Seefahrt, Robotik, künstliche Intelligenz, Quantencomputer und Verteidigung in diesem Zusammenhang erwähnt.

Eine mit der Angelegenheit vertraute Person schilderte der Nachrichtenagentur am Donnerstag, der Fokus liege auf „strategischen Sektoren“, die für die russische Regierung von Bedeutung seien. Auf die Frage nach dem russischen Öl- und Gassektor erwiderte die Person, dass die Maßnahmen noch nicht endgültig beschlossen seien.

Harrell geht davon aus, dass sich die Europäische Union (EU) den USA bei den diskutierten Sanktionen anschließen würde, sollte Russland „in die Ukraine einmarschieren“. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1a/5139336_0:139:3023:1839_1920x0_80_0_0_1923e0e987088e73d01aca697a2aebef.jpg

de.rt.com: **Lukaschenko: Wenn Weißrussland angegriffen wird, wird Russland es verteidigen**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat erklärt, das russische Militär dürfe nur dann weißrussisches Gebiet betreten, wenn das Land direkt angegriffen würde. Er fügte hinzu, dass Minsk keinen Krieg wolle, weil es in einem solchen keinen Gewinner gäbe.

Sollte Weißrussland angegriffen werden, werden Hunderttausende weißrussische und russische Militärangehörige das Land verteidigen. Dies sagte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko in einer Ansprache an die Nation und das Parlament. Er teilte mit:

"Ich möchte dem kollektiven Westen antworten – sie haben eine sehr wichtige Frage: Werden russische Truppen auf dem Territorium Weißrusslands stationiert? Wenn unser Land angegriffen wird, werden Hunderttausende russische Truppen hier sein, die zusammen mit Hunderttausenden von Weißrussen dieses heilige Land verteidigen werden. Hier ist Ihre Antwort."

Er fügte hinzu, dass die Grundlage für solche Aktionen die Beziehungen zwischen Moskau und Minsk als Verbündete seien. Der Krieg selbst sei nur in zwei Fällen möglich. Lukaschenko führte aus:

"Eine davon ist der Fall einer direkten Aggression gegen Weißrussland, wenn ein heißer Krieg gegen Weißrussland entfesselt wird. Der zweite Moment, wenn es zu einem Krieg kommt und Weißrussland darin verwickelt sein wird – wenn unser Verbündeter, die Russische Föderation, direkt angegriffen wird."

Seiner Meinung nach sind die Leiter einiger Länder verrückt, wenn sie glauben, dass sie den Krieg gewinnen können. Der weißrussische Präsident erklärte:

"Wir werden alle verlieren. Deshalb wollen wir keinen Krieg. Wir wollen in Frieden leben und arbeiten."

Die angespannte Lage an den Grenzen Weißrusslands und auf der ganzen Welt hängt mit dem Kampf um Ressourcen zusammen, meint Lukaschenko. Er sagte:

"Dieses Chaos ist entstanden, weil es einen Mangel an Lebensmitteln gibt. Die Weltbevölkerung nimmt katastrophal zu, und es gibt nicht genügend Nahrungsmittel. Es gibt einen Kampf um Ressourcen. Wir sind auf dem Weg zu dieser neuen grünen Wirtschaft, aber währenddessen versuchen alle, die alten Energiequellen und Ressourcen zu nutzen. Es gibt auch einen Kampf um die Umverteilung der Märkte."

Während Lukaschenkos Rede an die Nation betonte der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit russischen Radiosendern, dass auch Moskau keinen Krieg wolle. Der russische Außenminister erklärte:

"Wenn es von der Russischen Föderation abhängt, wird es keinen Krieg geben. Wir wollen keine Kriege. Aber wir werden auch nicht zulassen, dass unsere Interessen brutal angegriffen oder ignoriert werden."

Ihm zufolge sind die Verhandlungen über Sicherheitsgarantien mit den USA und der NATO noch nicht abgeschlossen. Zu den Gegenvorschlägen der USA sagte Lawrow, dass einige der Punkte dieser Antwort keinen Sinn machten, während andere eine rationale Grundlage hätten. Der tatsächliche Abbruch der

Beziehungen zum Westen sei möglich, wenn Russland mit harten Sanktionen belegt und von seinem Finanz- und Wirtschaftssystem abgekoppelt werde, was nicht im Interesse der Verhandlungsmitglieder liege.

Gleichzeitig erklärte Lawrow, dass Russland Vergeltung üben werde, falls die Gespräche letztlich scheitern sollten.

Seit Oktober letzten Jahres tauchten in den westlichen Medien Berichte auf, wonach Russland eine Truppengruppe an seiner Grenze zur Ukraine aufbaut. Unter anderem schrieben die Washington Post, die New York Times, Politico und Associated Press darüber.

Moskau bestritt, dass es eine Invasion in der Ukraine plane, und betonte wiederholt, dass es solche Pläne nicht gebe und auch nicht geben könne. Gleichzeitig nahm Russland Gespräche mit der NATO und den USA über Sicherheitsgarantien auf und machte die Ablehnung der Osterweiterung der Allianz zu einer zentralen Forderung.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f3ece848fbef5a925ebbce.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29.01.2022**
In den letzten 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 36. Brigade **Kominternowo** mit Antipanzergrenatwerfern und **Sosnowskoje** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 54. Brigade **Alexandrowka** mit Granatwerfern beschossen und mit großkalibrigen Maschinengewehren das Feuer auf **Jasnoje** eröffnet und zwei Wohnungen beschädigt. **Seit Beginn des heutigen Tages wurden drei Beschießungen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Im Einzelnen haben Kiewer Kämpfer heute Morgen einen weiteren Akt der Aggression begangen, bei dem wieder ein Zivilist verletzt wurde.

So hat ein Scharfschütze der 54. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus durch zielgerichtetes Feuer einen auf der Straße gehenden Einwohner von **Alexandrowka**, geb. 1967, verletzt. Der Mann wurde in das Stadtkrankenhaus Nr. 14 von Donezk eingeliefert, wo er alle qualifizierte medizinische Behandlung erhielt.

Der Zynismus der ukrainischen Kämpfer hat keine Grenzen. Der Scharfschütze, der im Visier deutlich einen Menschen in Zivilkleidung sah und wusste, dass vor ihm ein friedlicher Einwohner war, schoss auf ihn.

Das Fehlen einer Reaktion von Seiten der internationalen Organisationen macht den ukrainischen Kämpfern die Hände frei und bringt sie zu neuen Verbrechen. Das ist schon der dritte Fall von Verletzung friedlicher Einwohner durch Feuer der Kämpfer der 54. Brigade in den letzten drei Monaten, zwei davon wurden durch zielgerichtetes Feuer von Scharfschützen der ukrainischen Streitkräfte verletzt.

Wir rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, das weitere Verbrechen der Kiewer Kämpfer gegen die friedliche Bevölkerung zu registrieren und von der ukrainischen Seite eine genaue Ermittlung zu diesem Fall mit Feststellung der schuldigen Funktionsträger entsprechend dem vierten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands durchzuführen, um sie wegen Verletzung der Normen des internationalen humanitären Rechts strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Außerdem haben Kämpfer der 54. Brigade heute Morgen von den Positionen im Gebiet von Taramtschuk

aus **Jelenowka** mit 60mm-Mörsern beschossen und den Transformator Nr. 1 und eine Antriebsunterstation in der Uliza Depowskaja 6 beschädigt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 53. Brigade 120mm-Mörser eingesetzt, um **Nowaja Marjewka** zu beschießen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer aus der 53. mechanisierten Brigade ein Abwehrgeschütz SU-23 auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Tschermalyk stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 53. Brigade zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Nowotroizkoje zu blockieren.

Außerdem haben die ukrainischen Streitkräfte ungeachtet des Verbots des Einsatzes jeglicher Fluggeräte in der Vereinbarung über Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung **Drohnen zum Betreiben von Aufklärung** im Verantwortungsbereich der 36. Brigade im Gebiet von Lomakino eingesetzt.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 20 vom 28.01.2022 bestätigt.

Korruption und zahlreiche Fälle von Diebstahl von Materialien wirken sich weiter negativ nicht nur auf das sogenannte „Image“ der ukrainischen Streitkräfte aus, sondern senken auch offen deren Gefechtsfähigkeit.

Vor dem Hintergrund der Annahme des Gesetzes über die territoriale Verteidigung und die Erstellung von Plänen zur gewaltsamen Regelung des Konflikts im Donbass durch Kiew **suchen ukrainische Reservisten und potentielle Rekruten verschiedene Mittel, um sich einer weiteren Mobilisierungswelle zu entziehen.** Diese Möglichkeit bieten Mitarbeiter der Militärkommissariate für eine finanzielle Belohnung, die unter Nutzung bürokratischer Schlupflöcher in der Gesetzgebung und von Beziehungen in den medizinischen Kommissionen alle, die das wollen, aus den Listen des zugewiesenen Personals streichen. Für ihre Dienste fordern die Mitarbeiter finanzielle Prämien zwischen 50.000 und 70.000 Griwna.

In der OOS-Zone suchen ukrainische Kämpfer auch zusätzliche Einkommensquellen. So sind in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, wo das Kommando der OOS in der letzten Woche aktiv Technik betankt hat, Fälle von Verkauf von Diesel an die Zivilbevölkerung festzustellen. Den größten Wirbel rief dies bei Landwirten hervor, die auf dem Hintergrund der schwierigen ökonomischen Situation die Möglichkeit erhielten, Treibstoff für die Hälfte der Marktpreise zu kaufen. Im Gebiet von Andrejewka konnte eine örtlicher Landwirt in einem Panzerbataillons der 53. Brigade drei Tonnen Diesel kaufen und den Kauf einer weiteren Partie zu Beginn des nächsten Monats vereinbaren.

snews.de: **Ungarns Verteidigungsminister hält Verlegung zusätzlicher Nato-Kräfte im Land für unzumutbar**

Laut Verteidigungsminister Tibor Benko verfügt Ungarn über eine ausreichende Anzahl nationaler Streitkräfte, sodass er eine Platzierung zusätzlicher Nato-Einheiten im Land als unangemessen erachtet. Auf die Frage, ob die Vereinigten Staaten wirklich über die Platzierung von Nato-Kampfeinheiten mit Ungarn verhandeln, antwortete Benko, dass sowohl die USA als auch die Nato mit allen Ländern an der östlichen Grenze der Allianz und/oder an die Ukraine oder an Russland grenzenden Ländern verhandeln würden.

„Gleichzeitig besteht unsere Position darin, dass Ungarn in Übereinstimmung mit der primären Regelung des ‚Programms für die Entwicklung der Verteidigung und der Streitkräfte‘ bereits die nationalen Kräfte aufgestellt und ein solches nationales Potenzial gebildet hat. Daher ist es in der gegenwärtigen Situation nicht nötig, sich auf ausländische Streitkräfte und Abteilungen zu verlassen. Wir bewegen uns auf diesem Weg weiter. Wir halten dies daher in der gegenwärtigen Situation nicht für angemessen und benötigen hier keine zusätzlichen Nato-Kräfte“, schilderte Benko in einer Sendung des ungarischen Radiosenders Inforadio.

Am Samstag hatte US-Präsident Joe Biden die Entsendung zusätzlicher amerikanischer Truppen in osteuropäische Nato-Staaten angekündigt. Wie das Weiße Haus am Freitag mitteilte, gehe es um eine beschränkte Zahl von Soldaten. Konkrete Länder wurden nicht erwähnt.

Am Donnerstag hatte der US-Sender Sky News berichtet, dass die Nato-Mitgliedstaaten die Möglichkeit erwägen würden, neue Kampfeinheiten mit 1000 Mann in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der Slowakei zu schaffen. Die neuen Divisionen sollen jenen ähneln, die bereits in den baltischen Ländern und in Polen im Einsatz seien. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/10/2515921_0:685:1000:1248_1920x0_80_0_0_db0a1f24849f387f9e0c7652279229a1.jpg